

Grüner Norden Düsseldorf: Informationsveranstaltung zum geplanten Vorhaben „Nördliche Kalkumer Schlossallee“

Schlaglicht „Freiraum schützen – Bauwende einleiten“

Trotz politisch unruhiger Zeiten dürfen die drei ökologischen Großkrisen nicht in den Hintergrund treten, sondern fordern konsequentes Handeln. Und dass nicht nur auf internationalen Konferenzen, sondern auch im Lokalen.

Denn die Situation ist dramatisch: Der fortschreitende Klimawandel und der Verlust an biologischer Vielfalt bedrohen unsere natürlichen Lebensgrundlagen, der Verbrauch nicht beliebig vermehrbare natürlicher Ressourcen führt längst zur Erdüberlastung.

Der Erhalt der Biodiversität und der Klimaschutz müssen dabei gleichrangig vorgebracht werden. Sie sind zwei Seiten ein und derselben Medaille: Ohne resiliente Ökosysteme kann der Klimawandel nicht beeinflusst und verlangsamt werden. Ohne echten Klimaschutz werden wir auch unsere Artenvielfalt nicht sichern können.

Auch die Ressourcenkrise erfordert konsequentes Handeln, denn ohne intakte Böden und sauberes Wasser, ohne einen schonenden Umgang mit unseren nicht-erneuerbaren Rohstoffen hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen eine schwere Hypothek.

Problem des Freiraumverlusts

Wetterextreme wie die Starkregen-Katastrophe vom Juli 2021 oder lang anhaltende Dürreperioden haben uns auch in Düsseldorf auf dramatische Weise gezeigt, wie wichtig ein intakter Landschaftswasserhaushalt ist.

Doch durch die Zunahme von Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen auf der „grünen Wiese“ werden wertvolle Böden versiegelt und die natürlichen Bodenfunktionen gehen dauerhaft verloren.

Boden ist kein vermehrbares Schutzgut. Der Verlust wertvoller Acker- und Weideflächen durch Bebauung und Versiegelung ist nicht umkehrbar. Die Erhaltung der natürlichen Filter-, Puffer- und Lebensraumfunktionen von unversiegelten Böden ist von besonderer Bedeutung, um nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser, die Pflanzen, die Luft, das Klima und den Boden selbst zu verhindern.

Versiegelte Flächen fallen nicht nur für die Nahrungsmittelproduktion aus, sondern auch als Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Der Freiraumschwund ist ein wesentlicher Treiber des Verlusts an Biodiversität. Überbaute, versiegelte oder degradierte Böden verlieren auch ihre Funktion als Wasserspeicher bei Starkregen und Dürren sowie als Kohlendioxid-Senke.

Die Bundesregierung wollte den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag und bis 2030 auf weniger als 30 ha/d senken. Das integrierte Umweltprogramm des Bundesumweltministeriums formuliert für 2030 ein Ziel von 20 Hektar pro Tag, denn spätestens zum Jahr 2050 soll - nach der Ressourcenstrategie der Europäischen Union und dem Klimaschutzplan der Bundesregierung - der Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Ziel) geschafft werden.

Seit 2017 sieht das Raumordnungsgesetz (ROG) des Bundes einen Grundsatz der Raumordnung zu Vorgaben für quantifizierte Flächensparziele vor. Zudem gilt seit September 2023 der gesetzliche Grundsatz der Raumordnung, dass die Brachflächenentwicklung einer neuen Flächeninanspruchnahme nach Möglichkeit vorgezogen werden soll. Diese Grundsätze sind auf den nachgelagerten Ebenen gemäß § 4 ROG zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund muss die Frage erlaubt sein, warum es die Stadt Düsseldorf zugelassen hat, dass jahrelang große Flächen wie das Grand Central, das Glasmacherviertel oder die „Benrather Gärten“ dem Wohnungsmarkt zum Wohle von Spekulanten entzogen werden konnten.

Vom Netto Null-Ziel sind wir weit entfernt: Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt. Ausweislich der amtlichen Flächenstatistik des Bundes wurden in Deutschland im Vierjahresmittel 2019 bis 2022 jeden Tag rund 52 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies entspricht einer Fläche von circa 72 Fußballfeldern täglich. Derzeit (2023) liegt die tägliche Inanspruchnahme neuer Flächen pro Kopf in Deutschland bei 55 Hektar.

Auch der Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen liegt weiterhin auf einem hohen Niveau. Hierzulande gehen im langjährigen Mittel täglich rund 10 Hektar wertvolle Natur- und Freifläche verloren. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt inzwischen bereits einen Anteil von rund 23,5 Prozent an der gesamten Landesfläche ein. Dazu kommen Abgrabungsflächen, Steinbrüche und Tagebaue.

Zu dem anhaltend hohen Flächenverbrauch hat auch die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung beigetragen, indem sie 2019 die Vorgaben zur flächensparenden Siedlungsentwicklung aus dem Landesentwicklungsplan (LEP) gestrichen hat.

Dagegen haben wir als BUND einen Antrag auf Normenkontrolle eingereicht und höchstinstanzlich Recht bekommen. Die Erleichterung der Überbauung des grundsätzlich geschützten Freiraums ist für rechtswidrig erkannt worden. Damit gilt weiterhin das Gebot der Sparsamkeit beim Flächenverbrauch.

Sämtliche auf der LEP-Änderung von 2019 beruhenden Regional- und Bauleitpläne müssen von den betreffenden Trägern der Regionalplanung bzw. der kommunalen Bauleitplanung nunmehr geändert werden.

Ziel muss es sein, den Flächenverbrauch schnellstmöglich auf Netto-Null zu senken. Das Recycling vorbelasteter Flächen und die verstärkte Innenentwicklung sind dabei Kernelemente. Nur so werden wir den Verlust an Biodiversität stoppen und die Anpassung an den Klimawandel vorantreiben können.

Deshalb sollten CDU und Grüne hier in Düsseldorf auch die Frage beantworten, welchen Stellenwert die wohlklingende Formulierung in der Kooperations-Vereinbarung hat, wonach wertvolle Grün-, Wald- und Freiflächen und Frischluftschneisen erhalten bleiben und nicht zugebaut werden sollen. „Neue Baugebiete auf der grünen Wiese lehnen wir ab“, hieß es wohlklingend.

„Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgt das Umweltamt das Ziel, besonders wertvollen Böden zu erhalten und Bauvorhaben auf weniger wertvolle Böden zu lenken. Der Erhalt von unbesiedelten Freiräumen ist auch unter dem Gesichtspunkt eines nachhaltigen Bodenschutzes von herausragender Bedeutung.“ So heißt es aus dem Umweltamt.

Unsere Forderung: Bei jedem neuen Bauvorhaben muss den Umweltbelangen ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Auch im vorliegenden Fall. Eine Stellungnahme des Umweltamtes zu der Frage, inwieweit das Bauvorhaben Nördliche Kalkumer Schlossallee wichtige Bodenfunktionen beeinträchtigt, sollte schleunigst veröffentlicht werden.

Bauwende forcieren

Wegen der erheblichen negativen Folgen des Flächen- und Bodenverbrauches empfiehlt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) ein Netto-Null-Hektar-Ziel bis 2030. Dabei wird insbesondere auf die Notwendigkeit der Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen als stadtklimatische Ausgleichsflächen hingewiesen.

Der Bausektor ist dabei von herausragender Bedeutung bei der überfälligen Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft. Er ist für etwa 30 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses verantwortlich, für 40 Prozent des Energieverbrauches, für 50 Prozent des Ressourcenverbrauches, für 55 Prozent des Abfallaufkommens und fast 70 Prozent des bereits angesprochenen Flächenverbrauches. Wenn es nicht gelingt, diese Branche entscheidend zu verändern, wird es keine nachhaltige Transformation geben.

Was ist zu tun?

Notwendig sind ein radikales Umdenken und ressourcenschonendes Bauen im Bestand.

Als besonders effizient und flächenschonend haben sich Aufstockungen weiterer Geschosse auf vorhandenen und bauphysikalisch geeigneten Gebäuden erwiesen. Durch diese bauliche Nachverdichtung ist es möglich, innerstädtische Grün- und Freiraumflächen zu erhalten und die Anforderungen der doppelten Innenentwicklung zu erfüllen. Neben der Umnutzung von Büro- und Verwaltungsgebäuden können Wohnungen in größerem Umfang durch die Überbauung auf Flächen von eingeschossigem Einzelhandel, Discountern, Märkten und Parkplätzen geschaffen werden.

Daraus ergibt sich die Frage, ob für Düsseldorf überhaupt noch der Leitsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ gilt.

Umgekehrt werden muss der seit den 1960er Jahren andauernde Trend, die Wohnfläche von 20 qm auf heute über 47 qm je Einwohner zu steigern. Gerade für die älteren Menschen wird es wichtig (Wegzug der Kinder, Verlust des Partners), in kleinere Wohnungen bei einem vergleichbaren Kostenniveau umziehen zu können, eine zentrale Aufgabe zukünftiger Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.

Fazit: Bauvorhaben wie das hier diskutierte passen nicht mehr in die Zeit ökologischer Großkrisen. Die Politik ist gefordert, endlich die vollmundigen Lippenbekenntnisse zum Klima- und Freiraumschutz auch in konkretes Handeln zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen umzusetzen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/bodenschutz

Kontakt:

Dirk Jansen, Geschäftsleiter • Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. • Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf
• T. 0211 30 200 5-0, dirk.jansen@bund.net, www.bund-nrw.de